

03/2025

Eine erfolgreiche Energie- und Wärmewende

Die erfolgreiche Umsetzung der Energie- und Wärmewende ist **nicht nur eine klimapolitische Notwendigkeit, sondern ein zentraler Faktor für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands**. Vor dem Hintergrund gestiegener und im internationalen Vergleich hoher Energiepreise muss die Bundesregierung eine Senkung der Energie- und insbesondere der Stromkosten anstreben.

In den vergangenen Jahren wurden bereits Maßnahmen ergriffen, darunter der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien, der systematische Netzausbau und die stärkere Fokussierung auf eine klimafreundliche Wärmewende. Ohne eine konsequente weitere Umsetzung droht Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen. Es braucht **daher gezielte und entschlossene Maßnahmen**.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Senkung der Energiepreise für Wettbewerbsstärke und mehr Nachhaltigkeit

Die doppelte Herausforderung der Unternehmen, wettbewerbsfähig zu bleiben und den begonnenen Weg zur Umstellung auf Klimaneutralität weiterzuverfolgen, erfordert vor allem **international wettbewerbsfähige Energiepreise**. Die Strompreise, die für viele Unternehmen seit der Energiekrise zu substanziellen Belastungen für ihre Geschäftstätigkeit geworden sind, müssen sinken, damit die Unternehmen ihre Standorte in Deutschland stärken und die Elektrifizierung als oft die effizienteste Lösung zur Emissionsreduktion weiterverfolgen.

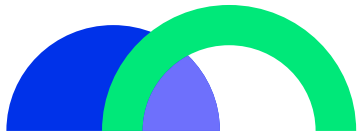
Dazu braucht es als Flankierung weiterhin eine aktive Industriepolitik und vor allem **Planungssicherheit, die über Legislaturperioden hinausdenkt**. Die Stromsteuer sollte für alle Verbraucher auf das

europäische Mindestmaß gesenkt und Lösungen zur Reduzierung der Netzentgelte gefunden werden. Dazu würde auch eine beschleunigte Elektrifizierung beitragen, weil sich mehr Verbraucher über die Netzentgelte an den Infrastrukturkosten beteiligen würden. Transformationsinvestitionen, die die Energieinfrastruktur langfristig stärken, sollte der Bundeshaushalt stützen und diese sich nicht direkt in Netzentgelten widerspiegeln.

Alle möglichen Flexibilitäten im Strommarkt müssen mobilisiert werden, um die Netzkosten zu senken. Hierfür braucht es **mutige Schritte zur Digitalisierung des Stromnetzes und im Privatbereich einen vereinfachten und schnelleren Smart-Meter-Rollout**. Verbraucher müssen einen Anreiz haben, ihre Stromentnahme aus dem Verbundnetz in Zeiten geringerer Nachfrage zu verlagern. Zugleich braucht es Lösungen für Unternehmen, die ihre Produktion prozessbedingt nicht flexibilisieren können. Dabei muss das Ziel sein, eine systemdienliche Betriebsweise und Allokation von Speichern und Erzeugern anzureizen, um den Netzausbau zu optimieren. Für die **Bereitstellung von bezahlbarem Wasserstoff** sollte die Bundesregierung einen pragmatischen Ansatz für möglichst große emissionsarme Mengen verfolgen und einen Rahmen für emissionsfreien Wasserstoff setzen. Dafür sollte die Bundesregierung die angekündigten Ausschreibungen des BMWK für systemdienliche Elektrolyseure konsequent umsetzen.

Netz- und Versorgungssicherheit gewährleisten

Die kommende Bundesregierung muss den erfolgreichen Weg der letzten Legislaturperiode weitergehen, Genehmigungsverfahren für Netzbauvorhaben, -anschlüsse und neue Erzeugungsanlagen zu beschleunigen. Hierfür sollte sie ausstehende Vorgaben der RED-III-Richtlinie zeitnah umsetzen, damit Beschleunigungsgebiete für erneuerbare Energien ausgewiesen und Genehmigungsfristen verkürzt werden. Ebenso sind eine weitere Vereinheitlichung und



Standardisierung von Netzanschlüssen und deren Bedingungen wichtig, damit diese schneller und kostengünstiger vorgenommen werden können.

Zur Netz- und Versorgungssicherheit muss die kommende Bundesregierung dringend **den Investitionsrahmen für steuerbare Stromerzeugung, etwa durch H2-Ready-Gaskraftwerken, konkretisieren**. Zusätzlich sollte sie einen zuverlässigen Rahmen für den Kapazitätsmarkt auf den Weg bringen, um Sicherheit für Investitionen zu schaffen. Bei der Netz- und Versorgungssicherheit braucht es zudem **eine intelligente Verzahnung von Strom- und Wärmeerzeugung**, was kostensparend wirkt. Zu diesem Zweck müssen mehr Power-to-X-Lösungen netzdienlich implementiert und Geothermie erleichtert werden.

Das **GEG darf nicht abgewickelt, sondern muss weiterentwickelt und vereinfacht werden**. Nur mit dem GEG können die Kosten von Wärme für Unternehmen und Haushalte auf Dauer im Rahmen gehalten werden. Bleiben sie bei fossiler Wärme, wachsen die Kosten durch den europäischen Emissionshandel ab 2027 (EU-ETS2) stark an. Der ETS2 für die Bepreisung des Ausstoßes von Treibhausgasen in den Sektoren Wärme und Transport darf nicht verschoben werden. Nur so können Emissionen hier verringert und die Balance mit den vom ETS1 betroffenen Unternehmen hergestellt werden. Um zu rasche Kostensteigerungen zu vermeiden, wäre die Definition eines Preiskorridors denkbar. Perspektivisch wäre die Weiterentwicklung zu einem einheitlichen gesamteuropäischen System wünschenswert.

Grünstromproduktion fördern und erneuerbare Energien ausbauen

Mit einer konsequenten Stärkung der regenerativen Erzeugungskapazitäten sollte die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert, die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Energiepreise gesenkt werden. Hierfür braucht es **Planungssicherheit und eine gesicherte Finanzierung, um Investitionen in Wind- und Solarenergie langfristig attraktiv zu gestalten**. Zusätzlich sollte die Bundesregierung das EEG weiterentwickeln und Planungssicherheit für Investitions- statt der Produktionskosten für erneuerbare Erzeugungsanlagen gewährleisten. Auch eine Absicherung durch „Contracts for Difference“ ist denkbar. Für langfristige Stromlieferverträge (PPA) braucht es Absicherungsmechanismen, damit Unternehmen mit einem mittleren oder geringen Strombedarf einfacher Zugang zum PPA-Markt bekommen. Eine Steigerung der Sanierungsrate sollte Deutschland anstreben, damit Energie zum Heizen möglichst effizient genutzt wird.

Strategie für Speicher mit Netzintegration

Ein erfolgreicher Ausbau der erneuerbaren Energien sollte gemeinsam mit einer optimierten Speicherstrategie realisiert werden. **Hier braucht es eine baurechtliche Privilegierung und Entbürokratisierung für Speichertechnologien** sowie eine Balance zwischen marktdienlichem und netzdienlichem Betrieb. Nur durch eine Kombination dieser Maßnahmen kann die Energiewende konsequent vorangetrieben und eine nachhaltige, sichere und wirtschaftlich tragfähige Energieversorgung umgesetzt werden.

Kompetenzcluster Energie- und Wärmewende

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.
Dorotheenstr. 3, 10117 Berlin
kommunikation@wv-g.de

Hauptgeschäftsführung: Martin Kaul,
Katharina Krüger (stellv.)

Referenten Cluster Energie und Wärmewende
Simon Behnisch, Emil Halm, Felix Klein

Aus der Wirtschaft, mit der Politik: In den Kompetenzclustern entwickeln die Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung der Grünen Perspektiven und Impulse. Diese müssen nicht in jedem einzelnen Fall mit den Positionen jedes einzelnen Mitglieds übereinstimmen. [Mehr hier](#).

Eingetragen im [deutschen Lobbyregister](#)
R007085 & im [EU Transparenzregister](#)
290752950419-55